

Paris, für die Menschen und für den Planeten

Was die Enzyklika *Laudato Si'* für die Weltklimakonferenz und darüber hinaus bedeutet



**CHANGE FOR
THE PLANET**
CARE FOR THE PEOPLE

CIDSE 
Gemeinsam für weltweite Gerechtigkeit



Inhalt

Zusammenfassung und Hauptforderungen	3
Einführung	5
1. Gemeinsame Vision und das Temperaturziel	7
2. Ökologische Schuld und Klimafinanzierung	8
3. Klima und Landwirtschaft	10
4. Energiewende und Beendigung der Armut	13
5. Gerechtigkeit und Menschenrechte	14
6. Die Kampagne <i>Change for the Planet – Care for the People</i>	16
Fazit	17
Verweise	18

Das vorliegende Dokument entstand auf Initiative der CIDSE-Arbeitsgruppe „Armut und Klimagerechtigkeit“. Es wurde verfasst von Meera Ghani, Giulia Bondi, Rob Eslworth, Sarah Wykes, Maureen Jorand, Jerry Mac Evilly, Geneviève Talbot, Stefan Tuschen und Joanne O'Neill, mit Beiträgen von Anne Laure Sablé und François Delvaux.

In der Arbeitsgruppe sind die folgenden Organisationen vertreten: Broederlijk Delen (Belgien), CAFOD (England und Wales), CCFD-Terre Solidaire (Frankreich), Cordaid (Niederlande), Development & Peace (Kanada), KOO/DKA (Österreich), Misereor (Deutschland), SCIAF (Schottland) und Trócaire (Irland).

Inspiriert durch die Enzyklika *Laudato Si'* von Papst Franziskus *Über die Sorge für das gemeinsame Haus* wird in diesem Dokument für die Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen (COP 21), die vom 30. November bis zum 11. Dezember 2015 in Paris stattfindet, und darüber hinaus eine Vision formuliert. Die Regierungen werden darin aufgerufen, bei ihren politischen Entscheidungen die moralischen Aspekte stärker zu berücksichtigen und die Ärmsten, die am stärksten unter den Folgen des Klimawandels leiden, in den Mittelpunkt zu stellen. Die Verfasser richten grundlegende Forderungen an die internationale Gemeinschaft und nehmen auch Bezug auf die Kampagne *Change for the Planet – Care for the People*, die am 1. Juli 2015 von CIDSE gestartet wurde und auf drei Jahre angelegt ist. Mit ihr soll darauf aufmerksam gemacht werden, dass gerade Initiativen, die von den Menschen ausgehen, einen grundlegenden Wandel hin zu einer gerechten, nachhaltigen Welt herbeiführen können. Weitere Informationen zur Kampagne sind zu finden auf www.cidse.org/rethinking-development/change-for-the-planet-care-for-the-people.html.

Ansprechpartner:

Meera Ghani (ghani@cidse.org – +32 2 233 37 56)

Giulia Bondi (bondi@cidse.org – +32 2 233 37 50)

Übersetzung: Elke Wertz

Redaktion der deutschen Fassung: Markus Büker, Stefan Tuschen (beide Misereor)

Veröffentlicht im November 2015 von CIDSE, Rue Stévin 16, 1000 Brüssel, Belgien

Konzept und Gestaltung Titelseite: Heren Loebas

Illustration Titelseite: Korneel Detaillieur

Gestaltung und Produktion Broschüre: fuel

Das vorliegende Dokument ist in deutscher, englischer, französischer und spanischer Sprache auf www.cidse.org/resources erhältlich.

Zusammenfassung und Hauptforderungen

Herausgeberin des vorliegenden Dokuments ist CIDSE, eine internationale Allianz von 17 katholischen Entwicklungsorganisationen. In diesem Papier formulieren wir eine Vision für die Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen in Paris, von der wir eine erste Einigung auf durchgreifende weltweite Maßnahmen erwarten. Die aufgestellten Forderungen basieren auf den Berichten unserer Partner, die erleben, wie sich der Klimawandel in den armen Ländern auswirkt. Sie basieren auf einem ethischen Ansatz, der an die Enzyklika *Laudato Si'* von Papst Franziskus *Über die Sorge für das gemeinsame Haus*¹ angelehnt ist. Der Papst fordert die Regierungen auf, bei ihren politischen Entscheidungen die moralischen Aspekte stärker zu berücksichtigen und die Ärmsten, die am stärksten unter den Folgen des Klimawandels leiden, in den Mittelpunkt der Debatte zu stellen. In dem vorliegenden Dokument umreißt die CIDSE, was die Enzyklika nach ihren Vorstellungen für die Vereinbarung von Paris bedeutet.

In Kopenhagen einigten sich die Vertragsstaaten 2009 darauf, die Erderwärmung auf weniger als 2 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen.² Ein aktuelles Gutachten³ kommt aber zu dem Schluss, dass für einige Regionen und empfindliche Ökosysteme bereits bei einer Erwärmung von mehr als 1,5 Grad hohe Risiken bestehen.⁴ Die Welt muss sich zur Bewältigung der Klimakrise daher ehrgeizigere Ziele setzen.

Reichere Länder, die schon seit längerer Zeit industrialisiert sind und die aktuelle Klimakrise verursacht haben, sollten als Erste handeln. Sie stehen in der vorrangigen historischen Verantwortung, die Gefahren des Klimawandels abzuwenden. Sie sollten die ärmeren Länder bei der Anpassung an den Klimawandel und der Umsetzung alternativer, umweltfreundlicherer Entwicklungsmodelle unterstützen. Daher müssen die Industrieländer ihre Treibhausgasemissionen drastisch reduzieren, um die „ökologische Schuld“ gegenüber den ärmeren Ländern zu begleichen, und eine angemessene, kalkulierbare und zeitnahe Klimafinanzierung in den ärmeren Länder sicherstellen.

Die Verhandlungen in Paris sollten noch eine Reihe weiterer Themen einschließen, wie den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Hunger beziehungsweise Ernährungssicherheit, die Notwendigkeit, Milliarden von Menschen, die noch nicht an ein Stromnetz angeschlossen sind, mit Elektrizität zu versorgen, sowie die Hinterfragung des wachstumsorientierten Wirtschaftsmodells und der ausschließlichen Konzentration auf marktbasierende Lösungen.

An der Umweltkrise zeigen sich die systemischen Mängel einer politischen und ökonomischen Ordnung, die durch einflussreiche Interessengruppen geprägt wird, und einer ausschließlichen Konzentration auf marktbasierende Lösungen, die nicht das Gemeinwohl in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Handelns stellen. Das geltende Wachstums- und Entwicklungsparadigma beruht auf ungerechten Wirtschafts-, Sozial- und Politiksystemen und auf der ungleichen Verteilung von und Zugang zu Ressourcen wie Wasser und Land, die Menschenrechtsverletzungen, Umweltschäden, soziale Missstände und Konflikte nach sich zieht. Diese Themen müssen auch über die Verhandlungen in Paris hinaus angegangen werden.

Schließlich ist die Umweltkrise auch eine moralische Krise. Im Geiste der katholischen Soziallehre hat die CIDSE Fragen wie den Klimawandel schon immer aus der Perspektive der gesamten Menschheit betrachtet, um einen moralischen Kompass zu bieten und Menschen allerorts zu motivieren, darüber nachzudenken, wie sich ihre Entscheidungen auf die Ärmsten und Schwächsten auswirken.

Aus diesem Grund richtet die CIDSE im Hinblick auf die Weltklimakonferenz in Paris die folgenden grundlegenden Forderungen an die internationale Gemeinschaft:

- }] Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger und eine möglichst rasche Umstellung auf 100% erneuerbare Energien einschließlich der Anbindung aller an eine nachhaltige Energieversorgung (bis spätestens 2050);
- }] Verankerung der Obergrenze von 1,5 Grad in einem rechtsverbindlichen globalen Abkommen;
- }] Vereinbarung eines Ziels zur vollständigen Dekarbonisierung bis 2050;
- }] Einrichtung einer fünfjährlichen Überprüfung der Zusagen und deren Zielvorgaben;



Paris, für die Menschen und für den Planeten

- } Gewährleistung einer an Rechten orientierten Vorgehensweise, die mit allen relevanten internationalen Konventionen (vor allem mit dem Recht auf Ernährung, Land und Wasser) im Einklang steht und Menschenrechtsverletzungen ausschließt.

Klimafinanzierung:

- } Die Industrieländer müssen Maßnahmen- und Zeitpläne vorlegen, aus denen hervorgeht, wie sie die Entwicklungsländer unterstützen und das 100-Milliarden-Dollar-Ziel erreichen wollen. Sie sollten die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln erhöhen (insbesondere für Anpassungsmaßnahmen bis 2020 und darüber hinaus) und die Klimafinanzierung alle fünf Jahre überprüfen, um eine doppelte Anrechnung bestehender Verpflichtungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit zu verhindern. Die Ausgaben für den Klimaschutz und für die Anpassung an den Klimawandel müssen in einem ausgewogeneren Verhältnis erfolgen und für beides sind getrennte Ziele festzulegen;
- } Einstellung der Subventionierung der umweltschädlichen fossilen Energieträger. Anhand robuster, transparenter Regeln zur Rechenschaftspflicht ist zu gewährleisten, dass Klimafinanzierung keinen Schaden anrichtet (do-no-harm Ansatz), sozial ausgewogen und genderorientiert ist.

Klima und Landwirtschaft:

- } Einen ausdrücklichen Verweis auf die Folgen des Klimawandels für die Ernährungssicherheit im operativen Teil des Paris-Abkommens; und die Gewährleistung, dass die Ernährungssicherheit durch Klimaschutzmaßnahmen nicht beeinträchtigt wird;
- } Die Senkung von Emissionen im Bereich Landnutzung, einschließlich der Landwirtschaft, darf nicht zu einer Aufweichung der Ziele in anderen Bereichen führen;
- } Unterstützung und Förderung agrarökologischer Methoden (unter anderem durch öffentliche Mittel) und nachhaltiger, klimaresilienter Ernährungssysteme. Festlegung von Rahmenbedingungen für die Unterstützung von Kleinerzeugerinnen und Kleinerzeugern;
- } Stärkung der land- und ressourcenbezogenen Gewohnheitsrechte zum Schutz indigener Gruppen;
- } Keine Anerkennung der „Climate Smart Agriculture“ als Lösung für den Klimawandel.

Zugang zu Energie:

- } Die Verpflichtung zum Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe und zur Umstellung auf 100% erneuerbare Energien bis spätestens 2050 sollte auch die Anbindung aller an eine nachhaltige Energieversorgung umfassen, inklusive einer konsistenten politischen und finanziellen Unterstützung durch die Industrieländer;
- } Rasche Umsetzung des neuen Nachhaltigkeitsziels (SDG) Nr. 7 ab 2016 zur Gewährleistung einer bezahlbaren, zuverlässigen, sicheren und nachhaltigen Energieversorgung für alle.

Menschenrechte:

- } Ausdrückliche Anerkennung der Tatsache, dass die Folgen des Klimawandels die Menschenrechte bedrohen können;
- } Einrichtung eines Sicherungssystems für alle Klimaschutzmaßnahmen zur Vermeidung von sozialen Nachteilen und Umweltschäden, einschließlich eines Beschwerde- und Monitoringsystems für betroffene Gemeinschaften oder Einzelpersonen. Die Formulierungen zum Schutz und zur Durchsetzung der Menschenrechte müssen rechtsverbindlich sein;
- } Gewährleistung der Geschlechtergleichstellung und einer umfassenden, wirksamen und genderorientierten Beteiligung, der Ernährungssicherheit, der Widerstandsfähigkeit natürlicher Ökosysteme und eines sozial gerechten Übergangs, der menschenwürdige, hochwertige Arbeitsplätze schafft;
- } Maßnahmen zur Ermöglichung einer radikalen Änderung der Lebensweise, die einfacher ist und sich durch einen geringen Gesamtenergieverbrauch und die Ausrichtung auf umweltfreundliche Produkte auszeichnet.

Einführung

„Das Klima ist ein gemeinschaftliches Gut von allen und für alle. Es ist auf globaler Ebene ein kompliziertes System, das mit vielen wesentlichen Bedingungen für das menschliche Leben verbunden ist. Es besteht eine sehr starke wissenschaftliche Übereinstimmung darüber, dass wir uns in einer besorgniserregenden Erwärmung des Klimasystems befinden [...] Die Menschheit ist aufgerufen, sich der Notwendigkeit bewusst zu werden, Änderungen im Leben, in der Produktion und im Konsum vorzunehmen, um diese Erwärmung oder zumindest die menschlichen Ursachen, die sie hervorrufen und verschärfen, zu bekämpfen.“

Papst Franziskus, *Laudato Si'*, Über die Sorge für das gemeinsame Haus (23)

Herausgeberin des vorliegenden Dokuments ist CIDSE, eine internationale Allianz von 17 katholischen Entwicklungsorganisationen. Sie formuliert in diesem Papier eine Vision für die Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen in Parisⁱ und darüber hinaus und nimmt Bezug auf die Enzyklika *Laudato Si'* von Papst Franziskus *Über die Sorge für das gemeinsame Haus*. Sechs Jahre nach dem Weltklimagipfel in Kopenhagen – der weithin als gescheitert gilt – haben die Staats- und Regierungschefs erneut die historische Chance, konkrete, ehrgeizige und gerechte Lösungen zur Bewältigung der Herausforderungen zu vereinbaren. Die CIDSE verfolgt gemeinsam mit der weiteren Zivilgesellschaft aktiv die Verhandlungen und hat zentrale Themenkomplexe identifiziert, die in Paris unbedingt geklärt werden müssen. Dabei geht es um Fragen der langfristigen Zielsetzung, der Klimafinanzierung, der Landwirtschaft, der Menschenrechte und der Energiewende.

Der Papst ruft in seiner Enzyklika die Regierungen auf, bei allen politischen Entscheidungen die moralischen und ethischen Aspekte zu berücksichtigen und die Ärmsten, die am stärksten unter den Folgen des Klimawandels leiden, in den Mittelpunkt zu stellen. Die CIDSE fordert zu einer angemessenen, gerechten und nachhaltigen Nutzung und Verteilung der weltweiten Ressourcen auf. Die übermäßige Ausbeutung der begrenzten Naturressourcen muss durch eine Beschränkung des Gesamtverbrauchs gestoppt werden. Wirtschaftliche Paradigmen müssen überdacht werden, um die menschliche Schaffenskraft, soziale Beteiligung, Geschlechtergleichstellung und eine demokratisch-politische Kultur zu erhalten. Neue Entwicklungsmodelle würden den Zugang zu Energie, Wasser und Nahrungsmitteln, die sauber und sicher sind, sowie zu Gesundheit und Bildung sicherstellen.

Wir sind eine Menschheitsfamilie, Teil der gesamten Schöpfung, mit der wir in ständiger Wechselbeziehung stehen. Papst Franziskus schreibt: *„Es gibt nicht zwei Krisen nebeneinander, eine der Umwelt und eine der Gesellschaft, sondern eine einzige und komplexe sozio-ökologische Krise. Die Wege zur Lösung erfordern einen ganzheitlichen Zugang, um die Armut zu bekämpfen, den Ausgeschlossenen ihre Würde zurückzugeben und sich zugleich um die Natur zu kümmern.“* (139)

Wir müssen uns gemeinsam an die Politik wenden und bei uns selbst mit dem Wandel anfangen. Dieser Aufruf zu einem Paradigmenwechsel findet Gestalt in der CIDSE-Kampagne *Change for the People – Care for the Planet*. Ziel der Initiative ist es, bei den Menschen ein Umdenken auszulösen, so dass sie ihr Leben radikal auf eine einfachere Lebensweise mit geringerem Gesamtenergieverbrauch und umweltbewusstem Lebensmittelkonsum umstellen. Weltweit entstehen Initiativen, die von den Menschen selbst ausgehen. Sie zeigen, dass die Menschen längst zu Veränderungen bereit sind, an die sich die Politiker immer noch nicht herantrauen.ⁱⁱ

ⁱ Vom 30. November bis zum 11. Dezember 2015 findet die 21. Vertragsstaatenkonferenz (COP21) der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) in Paris statt. Sie bildet den Abschluss einer einjährigen Verhandlungsrunde, in der die Länder aufgefordert waren, Vereinbarungen zu verschiedenen Aspekten des Klimawandels zu treffen.

ⁱⁱ Die CIDSE unterstützt die Aktion *People's Test on Climate*, mit der gemeinsame Erwartungen an die Verhandlungen in Paris formuliert werden: sofortige und drastische Reduzierung der Treibhausgasemissionen; angemessene Unterstützung für einen gesellschaftlichen Wandel; Gerechtigkeit für die vom Klimawandel Betroffenen; Fokus auf Maßnahmen, die den Wandel fördern.



Paris, für die Menschen und für den Planeten

Der Klimawandel, die anschwellende Umweltkrise, Armut und Ungleichheit sind zentrale Herausforderungen unserer Zeit. Es besteht ein klarer Zusammenhang zwischen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit. An der Umweltkrise zeigen sich die systemischen Mängel einer politischen und ökonomischen Ordnung, die durch einflussreiche Interessengruppen geprägt wird, und einer ausschließlichen Konzentration auf marktbasierter, gewinnorientierter Lösungen, die nicht den Menschen und das Gemeinwohl in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Handelns stellen. Wir müssen von dem geltenden Wachstums- und Entwicklungsparadigma abkehren, das auf ungerechten Wirtschafts-, Sozial- und Politiksystemen und auf der ungleichen Verteilung von und Zugang zu Ressourcen wie Wasser und Land beruht und Menschenrechtsverletzungen, Umweltschäden, soziale Missstände und Konflikte nach sich zieht.

Geleitet von den Grundgedanken der päpstlichen Enzyklika hegen wir die Hoffnung, dass die UN-Klimakonferenz in Paris zur Einleitung eines Prozesses beitragen wird, um:

- }] grundlegende, systemische Änderungen herbeizuführen und die Ursachen der sozialen und ökologischen Krise unserer Zeit zu bekämpfen. Das schließt eine Abkehr von fossilen Energieträgern und extraktiven Entwicklungsmodellen ein und die Begrenzung der Erderwärmung auf unter 1,5 Grad, die das Überleben des Planeten und der Menschheit sicherstellt. Wir brauchen Entwicklungsmodelle, die Gleichheit und Gerechtigkeit fördern und die Teilhabe derjenigen sicherstellen, die am schwersten betroffen sind;
- }] andere und uns selbst zu einer radikalen Änderung unserer Lebensweisen und Werte und zu einem ökologischen Umdenken zu bewegen und so den Gesamtenergieverbrauch zu senken; das schließt die Förderung der Nutzung erneuerbarer Energiequellen und eines umweltbewussten Lebensmittelkonsums ein, der den Erzeugerinnen und Erzeugern ein angemessenes Auskommen sichert;
- }] bereits existierende und bewährte Konzepte zu unterstützen: Kleinerzeuginnen und Kleinerzeuger, die ökologische Landwirtschaft betreiben und ihre Ernährungssouveränität sichern; die dezentrale Energiegewinnung aus erneuerbaren Energiequellen, die einen fairen Zugang zu sauberer Energie sicherstellt; lokale Projekte, die eine Kultur der Achtsamkeit und globalen Solidarität fördern;
- }] eine faire, ehrgeizige, verbindliche und transformative Vereinbarung zu treffen, die sich gründlich mit der ökologischen Schuld gegenüber den heutigen und nachfolgenden Generationen befasst; die eine deutliche Reduzierung des CO₂-Ausstoßes in unseren Gesellschaften herbeiführt, um sichere, faire und saubere Lebensbedingungen für die Zukunft zu schaffen; die Maßnahmen für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel vorgibt; die die Achtung der Menschenrechte über Partikularinteressen stellt. Wir brauchen verbindliche Zusagen, die soziale und ökologische Gerechtigkeit für alle gewährleisten und dem Planeten und den Menschen, die auf ihm leben, Vorrang geben.

Wir können die eklatanten historisch bedingten Ungleichheiten nicht ignorieren und müssen dem Ungleichgewicht zwischen Nord und Süd entgegensteuern. Die Last darf nicht nur auf den Schultern derjenigen liegen, die schon immer mittellos waren.

Es bleibt keine Zeit zu verlieren. Es geht nicht um „mehr“, sondern um bessere, gerechtere und fairere Bedingungen für alle. Es geht um Gerechtigkeit!

1. Gemeinsame Vision und Temperaturziel

„Die Kurzsichtigkeit beim Aufbau der Macht bremst die Aufnahme eines Umweltprogramms mit weiter Perspektive in die öffentliche Tagesordnung der Regierungen. So vergisst man, dass, die Zeit mehr wert ist als der Raum‘; dass wir immer dann fruchtbarer sind, wenn wir uns mehr darum kümmern, Prozesse auszulösen, als Räume der Macht zu beherrschen. Die politische Größe zeigt sich, wenn man in schwierigen Momenten nach bedeutenden Grundsätzen handelt und dabei an das langfristige Gemeinwohl denkt.“

Papst Franziskus, *Laudato Si'*, Über die Sorge für das gemeinsame Haus (178)

Der Klimawandel wirkt sich längst auf das Leben, die Existenzgrundlagen, die Gesundheit, die Ökosysteme, die Volkswirtschaften und die Ernährungssicherheit aus. Er verstärkt bestehende und schafft neue Risiken. Die Ärmsten und Schwächsten sind am schwersten betroffen, weil sie nur begrenzt in der Lage sind, sich anzupassen. Die Folgen des Klimawandels treiben Menschen und Gesellschaften zurück in die Armut und machen die Erfolge jahrzehntelanger Entwicklungsarbeit zunichte. Im IPCC-Sachstandsbericht 2014 heißt es: „Menschen, die sozial, wirtschaftlich, kulturell, politisch, institutionell oder in anderer Weise an den Rand gedrängt sind, sind durch den Klimawandel besonders gefährdet.“⁵

Die Kopenhagen-Vereinbarung besagt, dass „der weltweite Temperaturanstieg unter 2 Grad Celsius [im Vergleich zum vorindustriellen Niveau] liegen sollte“⁶, und diese Obergrenze ist jetzt Ausgangspunkt für die Verhandlungen der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC). Ein aktuelles Gutachten kommt aber zu dem Schluss, dass für einige Regionen und empfindliche Ökosysteme bereits bei einer Erwärmung von mehr als 1,5 Grad hohe Risiken bestehen.⁷ Für den Schutz der Ärmsten und Schwächsten wird es also nicht ausreichen, die Erderwärmung auf 2 Grad zu begrenzen. Eine Erwärmung von mehr als 1,5 Grad könnte schwerwiegende Folgen haben, an die sich einzelne Länder und Regionen nicht anpassen können. Für die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries – LDC)⁸ und die Allianz der kleinen Inselstaaten (Alliance of Small Island States – AOSIS)⁹, wo die Folgen schon jetzt deutlich spürbar sind, ist das 1,5-Grad-Ziel eine Frage des Überlebens.¹⁰ Mehr als 100 Länder auf der ganzen Welt rufen dazu auf, dieses Ziel zum Wohle der heutigen und nachfolgenden Generationen in Paris zu vereinbaren.

Das 2-Grad-Ziel ist im Wesentlichen ein „politisches“ Ziel¹¹, das zu einer Verschlechterung

der sozialen und wirtschaftlichen Missverhältnisse führen würde, die unabhängig von der Klimakrise bestehen. Aus der Sicht der CIDSE muss dieses Ziel auch als Katalysator für einen grundlegenden Wandel dienen, der über das übliche Handeln hinaus geht und tatsächlich zu einer gerechten, nachhaltigen Nutzung und Verteilung der weltweiten Ressourcen führt. Diese klare Botschaft vermittelt der Papst auch in seiner Enzyklika: „Wir kommen jedoch heute nicht umhin anzuerkennen, dass ein wirklich ökologischer Ansatz sich immer in einen sozialen Ansatz verwandelt, der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussionen aufnehmen muss, um die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde.“¹² (49)

Das bedeutet, dass diejenigen, die historisch die größte Verantwortung tragen und aufgrund ihres Einkommens, ihres Reichtums, ihres Entwicklungsstands und ihres Zugangs zu Technologien einen größeren Handlungsspielraum als andere besitzen, auch den größten Teil der Last tragen müssen. Die Nichteinhaltung der 1,5-Grad-Grenze würde auch zur Folge haben, dass sich die Industrieländer stärker mit Finanzen, Technologien und Fachwissen in den Ländern engagieren müssten, die am stärksten von den Folgen des Klimawandels bedroht sind. Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) erklärt: „Um die weltweite Erwärmung bis 2100 auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, sind ganz ähnliche Maßnahmen erforderlich wie für das Ziel einer Begrenzung auf 2 Grad. Allerdings lässt das ambitioniertere 1,5-Grad-Ziel keine Zeit für weitere Verzögerungen bei der weltweiten Emissionsreduktion, und die Verringerung der Treibhausgase müsste in den kommenden Jahrzehnten sehr rasch hochgefahren werden.“¹³

Der IPCC kommt zu dem Ergebnis, dass die weltweiten CO₂-Emissionen bis 2050 auf 70-95% des Niveaus von 2010 gesenkt werden müssen, um zumindest eine 50%ige Chance zu haben, dass die Erderwärmung 1,5 Grad nicht übersteigt¹⁴.



Dazu sei eine möglichst schnelle Abkehr von fossilen Energieträgern bis spätestens 2050 erforderlich.

Papst Franziskus erklärt: „Wir wissen, dass die Technologie, die auf der sehr umweltschädlichen Verbrennung von fossilem Kraftstoff – vor allem von Kohle, aber auch von Erdöl und, in geringerem Maße, Gas – beruht, fortschreitend und unverzüglich ersetzt werden muss.“¹⁵ (165)

Die Förderung und Verarbeitung von fossilen Energieträgern wird aber immer noch Jahr für Jahr mit Billionen von Dollar subventioniert. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF)¹⁶ belaufen sich diese Subventionen in den zwanzig führenden Volkswirtschaften der Welt jährlich auf 1.000 US-Dollar pro Kopf, obwohl die G20 sich 2009 zu einem Abbau der Kohle-, Öl- und Gassubventionen verpflichtet haben.¹⁷

Die CIDSE fordert:

] eine möglichst rasche Senkung aller Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger und Umstellung auf 100% erneuerbare Energien einschließlich des Zugangs zu nachhaltiger Energie für alle (bis spätestens 2050);

] die Verankerung der Obergrenze von 1,5 Grad in einem rechtsverbindlichen globalen Abkommen, mit weitreichenden Zusagen und Maßnahmen für den Klimaschutz seitens aller Länder, entsprechend ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten;

] die vollständige Dekarbonisierung bis 2050;

] eine fünfjährige Überprüfung der Zusagen und deren Zielvorgaben zur Bestätigung, dass die Emissionsminderungsmaßnahmen unter Einhaltung des Gleichheitsgrundsatzes und nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft erfolgen und dass die langfristigen Temperatur- und Emissionsminderungsziele erreicht werden. Bei der regelmäßigen Überprüfung sollten auch Lücken aufgedeckt und zusätzliche Maßnahmen beschlossen werden, sofern die Zusagen der Länder nicht den gemeinsamen und individuellen Verantwortlichkeiten gemäß der Klimaschutzvereinbarung von Paris und der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) entsprechen. Zudem müssen die Länder zur Verantwortung gezogen werden, wenn ihre nationalen Maßnahmenpläne von den gemachten Zusagen abweichen.

2. Ökologische Schuld und Klimafinanzierung

„Denn es gibt eine wirkliche ‚ökologische Schuld‘ – besonders zwischen dem Norden und dem Süden – im Zusammenhang mit Ungleichgewichten im Handel und deren Konsequenzen im ökologischen Bereich wie auch mit dem im Laufe der Geschichte von einigen Ländern praktizierten disproportionierten Verbrauch der natürlichen Ressourcen.“

Papst Franziskus, *Laudato Si'*, Über die Sorge für das gemeinsame Haus (51)

Die Industrieländer müssen ihre eigenen Treibhausgasemissionen drastisch senken, um die „ökologische Schuld“ gegenüber den ärmeren Ländern im Rahmen eines gerechten Ansatzes der Bekämpfung der weltweiten Klimakrise nach dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit zu begleichen. Dazu gehört unter anderem die angemessene, kalkulierbare und zeitnahe Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern. Bis 2020 müssen die Industrieländer daher die 2009 in Kopenhagen zugesagten Hilfen von 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr bereitstellen. Sie bilden die Grundlage

für eine gerechte Begleichung der „ökologischen Schuld“ und werden zum Aufbau des Vertrauens beitragen, das für die Vereinbarung ehrgeiziger Maßnahmen in Paris nötig ist.

Wir betrachten die Zahlungen als eine Form von Wiedergutmachung der Schäden, die in der Vergangenheit von den Industrieländern verursacht wurden, vor allem durch die Verbrennung fossiler Energieträger, die immer noch jährlich mit Billionen Dollar subventioniert wird. Das „Finanzpaket“ sollte über das Jahr 2020 hinausreichen. In seiner Enzyklika schreibt Franziskus: „Es ist notwendig, dass die entwickelten

Länder zur Lösung dieser Schuld beitragen, indem sie den Konsum nicht erneuerbarer Energie in bedeutendem Maß einschränken und Hilfsmittel in die am meisten bedürftigen Länder bringen, um politische Konzepte und Programme für eine nachhaltige Entwicklung zu unterstützen... Darum muss man deutlich im Bewusstsein behalten, dass es im Klimawandel diversifizierte Verantwortlichkeiten gibt..." (52)

Klimafinanzierung muss den Grundsatz der Schadensvermeidung („do-no-harm“, siehe unten) befolgen und darf keine Projekte im Bereich fossiler Brennstoffe oder falsche Lösungsansätze wie „Climate Smart Agriculture“¹⁸ (siehe Abschnitt 3) unterstützen. Klimainvestitionen dürfen nicht dazu führen, dass sich die Situation der Ärmsten und Schwächsten noch weiter verschlechtert, sondern müssen einen maximalen Nutzen für die Gesellschaft und die Umwelt erzielen.¹⁹ Dazu könnten Investitionen in eine nachhaltige Energieversorgung der Ärmsten, in den Waldschutz und in den Aufbau institutioneller und personeller Kompetenzen in den Entwicklungsländern zählen, die gewährleisten, dass Klimaschutzmaßnahmen unter Einbeziehung der Armen und zu ihrem Wohl erfolgen.

Die vom Klimawandel direkt betroffenen Gemeinschaften vor Ort müssen an den Entscheidungen beteiligt werden, wenn es um die Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen im Süden geht. Transparente Monitoring- und Berichterstattungssysteme werden eine verantwortungsvolle Verwendung der Mittel gewährleisten. Darüber hinaus gilt die in Cancún getroffene Vereinbarung weiter, dass die Parteien bei allen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel die Menschenrechte einhalten. Da sich der Klimawandel und die Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen unterschiedlich auf die Lebenssituation von Männern und Frauen auswirken können (siehe 5. IPCC-Bericht), muss Klimafinanzierung auch genderorientiert erfolgen.

Klimafinanzierung sollte dem Recht der Länder auf Entwicklung zugutekommen und emissionsarme, klimaresiliente Entwicklungsstrategien unterstützen, die mit den Entwicklungsprioritäten der Empfängerländer und ihrer Bürger im Einklang stehen, damit ein maximaler Nutzen gewährleistet ist.

Die staatlichen Investitionen liegen noch weit hinter dem Bedarf zurück²⁰ und insbesondere für Anpassungsmaßnahmen stehen noch nicht ausreichend Mittel zur Verfügung.²¹ Die Industrieländer können auf eine Reihe von Instrumenten²²,

Kanälen und Akteuren zurückgreifen, die zum Erreichen des 100-Milliarden-Dollar-Ziels beitragen können. Die Staatsausgaben müssen deutlich angehoben werden. Gelder aus dem privaten Sektor können die staatlichen nicht ersetzen sondern nur ergänzen, vor allem wenn es um die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen geht. Eine kalkulierbare staatliche Finanzierung der Anpassungsmaßnahmen ist für die Entwicklungsländer von entscheidender Bedeutung, damit sie die unvermeidlichen Folgen des Klimawandels in den Griff bekommen können. Jegliche Klimafinanzierung, ob staatlich oder privat, sollte einem einheitlichen Regelwerk für Transparenz und Rechenschaftslegung unterliegen, strenge Umweltschutz- und Menschenrechtsstandards erfüllen und konsequent auf ihre Wirkung hin überprüft werden.

Die CIDSE fordert:

- }] Die Industrieländer müssen Maßnahmen- und Zeitpläne vorlegen, aus denen hervorgeht, wie sie die Entwicklungsländer unterstützen und das 100-Milliarden-Dollar-Ziel erreichen wollen. Sie sollten unter anderem qualitative und quantitative Informationen zu Akteuren, Kanälen, Quellen und Instrumenten vorlegen, über die sie bis 2020 kalkulierbare, aufgestockte Mittel zur Verfügung stellen wollen. Sie müssen darlegen, wie das Missverhältnis zwischen Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen ausgeglichen werden soll;
- }] Die Industrieländer müssen insbesondere für die notwendigen Anpassungsmaßnahmen bis 2020 und darüber hinaus mehr staatliche Mittel zusagen;
- }] Die Klimafinanzierung der Länder darf sich nicht auf die Schaffung eines förderlichen Umfelds für privatwirtschaftliche Investitionen in den Entwicklungsländern begrenzen;
- }] Einführung einer fünfjährigen Überprüfung der Klimafinanzierung, um eine Verrechnung mit bestehenden Verpflichtungen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit zu verhindern. Für die Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen sind im Einklang mit den Bedürfnissen der Empfängerländer separate Ziele festzulegen;
- }] Eine Verpflichtung (durch eine COP-Entscheidung) bei der Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen, eine größere Ausgewogenheit herzustellen, mit dem Ziel bis 2020 ein Verhältnis von 50:50 zu erreichen. Die Klimschutzvereinbarung von Paris muss vorsehen, dass mindestens 50% der Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen aus öffentlichen Quellen erfolgen und alle Staaten die gleiche Verpflichtung eingehen;



- }] Schließung der Schlupflöcher, die noch die Förderung der umweltschädlichen Verbrennung fossiler Energieträger ermöglichen. Institutionen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene – multilaterale Entwicklungsbanken, staatliche Entwicklungsgesellschaften, Exportkreditagenturen und der neue Green Climate Fund – sollten alle Formen der Förderung fossiler Energieträger zurückfahren und stattdessen die Nutzung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz fördern, die eine emissionsarme Entwicklung unterstützen;
- }] Vereinbarung robuster, transparenter Rechenschaftspflichten für die Klimafinanzierung: Einrichtung gemeinsamer Berichterstattungsstrukturen, die die Überprüfung und den Vergleich der zugesagten Emissionsminderungs-, Entwicklungshilfe- und Klimafinanzierungsmaßnahmen und der erzielten Fortschritte ermöglichen. Nur die Finanzierung von Maßnahmen, die den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel als vorrangiges Ziel haben, darf als Klimafinanzierung gelten;ⁱⁱⁱ
- }] Gewährleistung, dass Klimaschutzinvestitionen keinen Schaden anrichten („do-no-harm“), sozial ausgewogen und genderorientiert sind, durch die verbindliche Einbindung der Öffentlichkeit in die Investitionsentscheidungen und Monitoring- und Bewertungsstrukturen. Es sind Kriterien festzulegen, die verhindern, dass durch Investitionen lokale Ökosysteme und Gemeinden zerstört, Menschenrechte verletzt oder sonstige negative Entwicklungen, wie die weitere Verarmung schwacher und armer Bevölkerungsgruppen, ausgelöst werden. Alle Klimafinanzierungsmaßnahmen müssen genderorientiert sein und die Gleichstellung der Geschlechter fördern.

3. Klima und Landwirtschaft

„Es gibt zum Beispiel eine große Mannigfaltigkeit an kleinbäuerlichen Systemen für die Erzeugung von Lebensmitteln, die weiterhin den Großteil der Weltbevölkerung ernährt, während sie einen verhältnismäßig niedrigen Anteil des Bodens und des Wassers braucht und weniger Abfälle produziert, sei es auf kleinen landwirtschaftlichen Flächen oder in Gärten, sei es durch Jagd, Sammeln von Waldprodukten oder kleingewerbliche Fischerei. Die Größenvorteile, besonders im Agrarsektor, führen schließlich dazu, dass die kleinen Landwirte gezwungen sind, ihr Land zu verkaufen oder ihre herkömmlichen Produktionsweisen aufzugeben.“

Papst Franziskus, *Laudato Si'*, Über die Sorge für das gemeinsame Haus (129)

Klimawandel, Landwirtschaft und Ernährungssicherheit sind aufs engste miteinander verknüpft. Die weltweite Hungerbekämpfung angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung im Kontext des Klimawandels ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Die Landwirtschaft ist ein Schlüsselsektor, weil sie einerseits selbst Emissionen verursacht und weil sie andererseits von zunehmenden Wetterschwankungen und Ressourcenverlust besonders stark betroffen ist. Aus diesem Grund müssen mit der Klimaschutzvereinbarung von Paris geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden, die agrarökologische Konzepte unterstützen, anstatt sie zu untergraben. Ein sicherer Zugang zu den Naturressourcen muss gewährleistet, „falsche Lösungsansätze“ müssen verhindert werden.

Wenn man die indirekten Folgen von Landnutzungsänderung, Entwaldung und Transport berücksichtigt, geht ein Drittel der gesamten Treibhausgasemissionen von der Landwirtschaft aus.²³ Die landwirtschaftliche Produktion selbst hat einen erheblichen Anteil an den Treibhausgasemissionen, wobei aber zwischen der industriellen und der kleinbäuerlichen Produktion unterschieden werden muss. Gemeinhin wird die landwirtschaftliche Produktion für den größten Teil (80-86%)²⁴ der Treibhausgasemissionen im Ernährungssystem verantwortlich gemacht. Tatsächlich resultieren jedoch rund die Hälfte der Emissionen in der Wertschöpfungskette von Nahrungsmitteln aus Aktivitäten jenseits der Erzeugerbetriebe.²⁵ In den Ländern mit mittleren Einkommen wird sich dieser Trend vor allem aufgrund der zunehmenden

ⁱⁱⁱ Gemäß OECD DAC Rio Marker 2.

Industrialisierung und Standardisierung der Nahrungsmittelproduktion in nächster Zeit voraussichtlich verstärken.²⁶

Gleichzeitig ist die Landwirtschaft in besonderer Weise durch den Klimawandel betroffen. Die Schwachen benötigen Unterstützung bei Anpassungsmaßnahmen und beim Umgang mit klimabedingten Problemen wie Wüstenbildung, Bodenverschlechterung, Dürren, Überschwemmungen und Wasserknappheit. Eine Reihe von insbesondere für die kleinbäuerliche Landwirtschaft schädlichen Klimawandelfolgen hat jetzt schon zu einer Vergrößerung der Einkommensunterschiede, einer Verringerung des Wohlstands, einer Verschlechterung der Ernährungslage und einer unverhältnismäßig großen Belastung von Frauen geführt.²⁷ In den Entwicklungsländern werden diese Risiken durch spärliche Investitionen in die kleinbäuerliche Landwirtschaft, den geringen Zugang zu Technologien, die Abhängigkeit von Regenfeldbau, die ohnehin vorhandene Ernährungsunsicherheit und Armut noch deutlich verschärft. Bis 2080 werden infolge des Klimawandels schätzungsweise 600 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung leiden.²⁸

Dabei können Kleinproduzentinnen und Kleinproduzenten sehr hohe Hektarerträge erzielen und in hohem Maße zur Ernährungssicherheit, zur Umsetzung des Rechts auf angemessene Nahrung und zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der Ernährungssysteme beitragen. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern führen mehr als 80% der schätzungsweise 500 Millionen Kleinbetriebe, liefern mehr als 80% der Nahrungsmittel, die in weiten Teilen der Entwicklungsländer konsumiert werden, und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Armutsbekämpfung und Ernährungssicherheit.²⁹ Daher ist es von großer Bedeutung, dass der Grundsatz der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten^{iv} beachtet wird: Die Last der Emissionsminderung darf nicht allein auf die Schultern der Entwicklungsländer oder der Kleinbauern geladen werden. Die auszuhandelnde

Klimaschutzvereinbarung muss das Recht auf angemessene Nahrung schützen und nachhaltigere Methoden der Erzeugung, der Verarbeitung, des Handels und des Konsums von Nahrungsmitteln fördern.

Wenn die Erderwärmung 1,5 Grad nicht übersteigen soll, müssen wir möglichst schnell zu einer nachhaltigen, emissionsarmen Lebensweise übergehen. Dazu wird eine radikale Umstellung unserer Produktionsmethoden und unserer Konsumgewohnheiten erforderlich sein, insbesondere in der Landwirtschaft. Die CIDSE befürwortet den agrarökologischen Ansatz³⁰, der das landwirtschaftliche System durch die Nutzung und Wiederverwertung der natürlichen Ressourcen optimiert und von der Nutzung fossiler Energieträger abkehrt. Es ist der einzige ganzheitliche Ansatz, dessen Praktiken und Grundsätze dem Klimawandel effektiv entgegenwirken. Agrarökologische Praktiken tragen auch zu einer deutlichen Verbesserung der Kohlenstoffbindung im Boden bei, kommen weitestgehend ohne lange Transportwege, Gefriertechnik und Verarbeitung aus und verhindern die Entwaldung.^v

Aber andere Initiativen wie die Global Alliance for Climate Smart Agriculture³¹ setzen sich immer stärker durch. Die „klimaintelligente Landwirtschaft“, mit der Probleme der Landwirtschaft und des Klimawandels gelöst werden sollen, ist alles andere als ein „revolutionäres“ Konzept. Vielmehr scheint hier eine neue Form von „Green-Washing“ betrieben zu werden. Die Allianz, die vor allem von privaten Interessen geleitet wird, lässt Monitoringsysteme, Rechenschaftspflichten, soziale Schutzmaßnahmen, Umweltschutzmaßnahmen und die Beteiligung der Entwicklungsländer vermissen.³² Damit die strukturellen Ursachen des Klimawandels wirklich angegangen werden können und keine falschen Lösungsansätze gefördert werden, die den Menschen und dem Planeten schaden könnten, müssen klare Entscheidungen für die geeigneten Technologien, Modelle und Praktiken getroffen werden.³³

^{iv} Kurz CBDRRRC (Common But Differentiated Responsibilities and Respective Capabilities).

^v Die CO₂-Speicherung im Boden kann durch gute landwirtschaftliche Praktiken (z. B. Bodenverbesserung und Verzicht auf fossile Energieträger durch agrarökologische Methoden) erreicht werden. Die Speicherung sollte jedoch nur als Zusatznutzen gesehen und die Bewirtschaftung von Land nicht als vorrangiger Gegenstand von Anpassungs- und Klimaschutzmaßnahmen betrachtet werden. Auch für den weiteren Ausbau des Emissionshandels, wie er mit der Forstwirtschaft betrieben wird, sollte die Landwirtschaft nicht in Betracht gezogen werden.



Die CIDSE fordert:

- }] Einen ausdrücklichen Verweis auf die Folgen des Klimawandels für die Ernährungssicherheit im operativen Teil der Klimaschutzvereinbarung von Paris;^{vi}
- }] Die Gewährleistung, dass die Ernährungssicherheit durch Klimaschutzmaßnahmen nicht beeinträchtigt wird;^{vii}
- }] Die Senkung der Emissionen im Bereich der Landnutzung darf nicht zu weniger ambitionierten Zielen in anderen Bereichen führen, d.h. eine Gegenrechnung oder der Ansatz eines Netto-Null-Emissionsziels muss vermieden werden;
- }] Ausgestaltung der neuen Klimaschutzvereinbarung in einer Weise, dass agrarökologische Ansätze und nachhaltige, resiliente Ernährungssysteme unterstützt und gefördert werden, und sichergestellt ist, dass die verletzlichen Bevölkerungsgruppen Zugang zu den natürlichen Ressourcen haben und dass sie in die Lage versetzt werden, ihre Lebensweise an den Klimawandel anzupassen;
- }] Keine Anerkennung der Climate Smart Agriculture als Lösung für den Klimawandel. Die „Lima Paris Action Agenda of Solutions“^{viii} für die COP 21, in der nichtstaatliche Maßnahmen aufgeführt sind, die eine ambitionierte Klimaschutzvereinbarung 2015 unterstützen, sollte keine Projekte enthalten, die unter dem Label „Climate Smart Agriculture“ initiiert werden;
- }] Bereitstellung angemessener staatlicher Mittel für nachhaltige Landwirtschaftsprojekte in den Entwicklungsländern einschließlich der zugesagten Einzahlungen von 100 Milliarden US-Dollar in den Green Climate Fund (GCF);
- }] Festlegung von Rahmenbedingungen für die Unterstützung von Kleinerzeugerninnen und Kleinerzeugern (und nicht deren Schwächung), die zum Beispiel konventionell gezüchtete Pflanzensorten, biologische Vielfalt und Anbaumethoden mit geringem Betriebsmitteleinsatz bevorzugen;^{ix}
- }] Stärkung der land- und ressourcenbezogenen Gewohnheitsrechte zum Schutz indigener Gruppen und Anwendung des Grundsatzes der freien, vorherigen und informierten Zustimmung.^x

^{vi} Ursprünglich Paragraph 15 in Abschnitt C, inzwischen Paragraph 2(2).

^{vii} Wir beteiligen uns an der Forderung mehrerer zivilgesellschaftlicher Gruppen, im Vertragstext von Paris die folgende Passage einzufügen: Die Parteien geben, wenn sie im Einklang mit allen relevanten internationalen Verpflichtungen neben Maßnahmen in anderen Bereichen auch Maßnahmen in der Landwirtschaft fördern, dem Schutz, dem Erhalt und der Wiederherstellung von natürlichen Ökosystemen Vorrang; sie setzen Emissionsenkungsmaßnahmen nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit um; und das Lenkungsorgan entwickelt für diese Maßnahmen Grundsätze und Leitlinien, um soziale Schutzmaßnahmen, Ernährungssicherheit, Umweltschutz, Transparenz und Vergleichbarkeit sicherzustellen.

^{viii} Die *Lima-Paris Action Agenda* ist eine gemeinsame Aktion der peruanischen und französischen COP-Präsidentschaften, des Generalsekretariats der Vereinten Nationen und des UNFCCC-Sekretariats. Ihr Ziel ist es, den Klimaschutz im Jahr 2015, im Dezember in Paris und darüber hinaus voranzubringen, durch i. Mobilisierung robuster globaler Maßnahmen für den Aufbau emissionsarmer, anpassungsfähiger Gesellschaften; ii. die verstärkte Unterstützung laufender Maßnahmen, die zum Beispiel im September 2014 beim Klimasondertreffen in New York angestoßen wurden; iii. Mobilisierung neuer Partner und Bereitstellung einer Plattform für die Bekanntmachung der Maßnahmen, Zusagen und Ergebnisse im Vorfeld der COP 21; <http://newsroom.unfccc.int/lpaa/>.

^{ix} Solche Rahmenbedingungen sollten auch „dem Anschluss der Kleinbauern an heimische, regionale und nationale Märkte und an neue Märkte sowie Direktvermarktungsmodellen und der Lebensmittelversorgung von Schulkantinen und anderen Kantinen durch Kleinbauern Priorität einräumen“ – HLPE-Bericht, Investing in Smallholder Agriculture for Food Security 2013, http://www.fao.org/fileadmin/user_upload/hlpe/hlpe_documents/HLPE_Reports/HLPE-Report-6_Investing_in_smallholder_agriculture.pdf.

^x „Indigene Gruppen haben das Recht, im Zusammenhang mit Entwicklungsprojekten, dem Ressourcenabbau und anderen Investitionsprojekten freie, auf Kenntnis der Sachlage beruhende Entscheidungen über die Entwicklung ihres Landes und ihrer Ressourcen zu treffen“; <http://scholarlycommons.law.northwestern.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1125&context=njhr>. Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern die Einhaltung dieser Grundsätze und ihre Anwendung auf nicht-indigene Gruppen.

4. Energiewende und Armutsbekämpfung

„Darum ist es dringend geboten, politische Programme zu entwickeln, um in den kommenden Jahren den Ausstoß von Kohlendioxid und anderen stark verunreinigenden Gasen drastisch zu reduzieren, zum Beispiel indem man die Verbrennung von fossilem Kraftstoff ersetzt und Quellen erneuerbarer Energie entwickelt. Weltweit sind saubere und erneuerbare Energien nur in geringem Maß erschlossen.“

Papst Franziskus, *Laudato Si'*, Über die Sorge für das gemeinsame Haus (26)

Milliarden Menschen in aller Welt leben ohne moderne Energieversorgung: 1,1 Milliarden haben keinen Stromanschluss, 2,8 Milliarden kochen mit umweltschädlichen Brennstoffen.³⁴ 95 % der Menschen, die unzureichend mit Energie versorgt sind, leben in den Entwicklungsländern Asiens und in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara vorwiegend auf dem Land, wo es keine Stromnetze gibt. Die dezentrale Energiegewinnung aus weitestgehend erneuerbaren Quellen ist die kostengünstigste und zuverlässigste Art der Versorgung. Das gilt vor allem für die Stromerzeugung. In Afrika südlich der Sahara kann der Ausbau der Stromnetze mit dem Bevölkerungswachstum nicht mithalten.

Weltweit werden bei der Einführung umweltfreundlicher Kochtechnologien kaum Fortschritte erzielt. Besonders Frauen und Mädchen leiden unter der gesundheitsschädlichen Luftbelastung, die bei der Verbrennung traditioneller Brennstoffe in Innenräumen entsteht. Dieser Missstand könnte durch Investitionen in saubere, energiesparende Lösungen für die Essenszubereitung behoben werden.

Investitionen in die nachhaltige Energiegewinnung und in energiesparende Technologien sind weltweit entscheidend für den Klimaschutz und auch für den Schutz der Ärmsten, die mit den Folgen des Klimawandels am stärksten zu kämpfen haben. Mit ausreichender und zweckdienlicher Unterstützung könnten die

ärmeren Länder eine Energieversorgung aufbauen, die umweltfreundlicher und kostengünstiger ist, weite Teile der Bevölkerung einschließt und einen deutlichen Entwicklungssprung bewirken würde.

Papst Franziskus ruft in seiner Enzyklika *Laudato Si'* zu einer schnellen Umstellung von umweltschädlichen fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien auf, die für alle, auch für die Ärmsten, erschlossen werden müssen. Die reicheren Länder sollten die Energiewende der ärmeren Länder mit finanzieller und technischer Hilfe sowie Technologietransfers unterstützen. Das Energiesparen ist als wichtiger Baustein der Energiewende zu sehen.

Die CIDSE fordert:

- }] Die Verpflichtung zum Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger und zur Umstellung auf 100% erneuerbare Energien bis spätestens 2050 sollte auch den Zugang aller Menschen zu einer nachhaltigen Energieversorgung umfassen, einschließlich der konsistenten politischen und finanziellen Unterstützung durch die Industrieländer;
- }] Rasche Umsetzung des neuen Nachhaltigkeitsziels (SDG) Nr. 7 ab 2016 zur Gewährleistung einer bezahlbaren, zuverlässigen, sicheren und nachhaltigen Energieversorgung für alle und Maßnahmen um die Energiesystem bis 2030 ausreichend zu dekarbonisieren, damit die Erderwärmung 1,5 Grad nicht übersteigt.^{xi}

^{xi} Das erfordert zweckdienliche Indikatoren, d.h. relevante Messdaten, und eine ausreichende, zweckdienliche Unterstützung bei der Umsetzung durch finanzielle und technische Hilfe, Technologietransfer und Ausbildung.



5. Gerechtigkeit und Menschenrechte

„Wir kommen jedoch heute nicht umbin anzuerkennen, dass ein wirklich ökologischer Ansatz sich immer in einen sozialen Ansatz verwandelt, der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussionen aufnehmen muss, um die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde.“

Papst Franziskus, *Laudato Si'*, Über die Sorge für das gemeinsame Haus (49)

Der Klimawandel, die anschwellende Umweltkrise, Armut und Ungleichheit sind zentrale Herausforderungen unserer Zeit. Für Papst Franziskus stehen diese Probleme in einem engen Zusammenhang. Sie stellen eine komplexe sozio-ökologische Krise dar und erfordern *„einen ganzheitlichen Zugang, um die Armut zu bekämpfen, den Ausgeschlossenen ihre Würde zurückzugeben und sich zugleich um die Natur zu kümmern.“* (139)

Der Klimawandel wirkt sich am stärksten auf die armen Gemeinschaften in armen Ländern aus, die unter Megastürmen, Dürren oder Überschwemmungen zu leiden haben. Durch solche Katastrophen wird ihre ohnehin schwierige Lage noch verschlimmert, zumal es noch keine konkreten Anpassungspläne gibt. Nahezu eine Milliarde Menschen haben beispielsweise nicht ausreichend zu essen, und durch den Klimawandel sind die Nahrungsmittelproduktion und die Ernährungssicherheit zusätzlich bedroht.

Diese instabilen Verhältnisse wirken sich auf zahlreiche Menschenrechte aus: das Recht auf angemessene Nahrung, das Recht auf Leben, das Recht auf Gesundheit und das Recht auf Entwicklung. Auch droht der Klimawandel die Fortschritte zunichte zu machen, die in den letzten Jahren in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Verkehr und menschenwürdige Beschäftigung erzielt wurden. Die Ärmsten, vor allem Frauen, Kinder und Behinderte in gefährdeten Gebieten – auch in Städten –, sind von den Folgen des Klimawandels am schwersten betroffen. Gleichzeitig haben sie am wenigsten zu den Ursachen des Problems beigetragen. Trotzdem, und trotz der enormen Ressourcen, die in die weltweiten Debatten über den Klimawandel fließen, haben die Ärmsten der Welt in den öffentlichen Entscheidungsprozessen kein Mitsprache- oder Mitbestimmungsrecht.

An der Umweltkrise zeigen sich die systemischen Mängel einer politischen und ökonomischen Ordnung, die durch einflussreiche Interessengruppen geprägt wird, und einer

ausschließlichen Konzentration auf marktbasierende Lösungen, die nicht das Gemeinwohl in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Handelns stellen. Wir müssen das geltende Wachstums- und Entwicklungsparadigma in Frage stellen, das auf ungerechten Wirtschafts-, Sozial- und Politiksystemen und auf der ungleichen Verteilung von Ressourcen wie Wasser und Land beruht, die Menschenrechtsverletzungen, Umweltschäden, soziale Missstände und Konflikte nach sich zieht.

Die Umweltkrise ist daher nicht nur eine ökonomische und ökologische, sondern auch eine moralische Frage. Im Geiste der katholischen Soziallehre hat die CIDSE Fragen wie den Klimawandel schon immer aus der Perspektive der gesamten Menschheit betrachtet, um einen moralischen Kompass zu bieten und Menschen allerorts zu motivieren, verantwortungsbewusst zu handeln und darüber nachzudenken, wie sich ihre Entscheidungen auf die Ärmsten und Schwächsten auswirken.

Der CIDSE geht es um die Menschen und um die Fähigkeit der Menschheit, sichere, menschenwürdige Lebensbedingungen für alle zu schaffen. Es sind die Betroffenen, die diese Forderung stellen. Die Festlegung der Obergrenze für die Erderwärmung auf 1,5 Grad hilft auch zu verhindern, dass indigene Gruppen und einzigartige Gesellschaftsformen ihr Land, ihr Kultur- und Naturerbe, den gesellschaftlichen Zusammenhalt, ihre Wurzeln und ihre Identität verlieren.

Der von Papst Franziskus geprägte Begriff der „ökologischen Schuld“, der bereits im zweiten Abschnitt dieses Dokuments behandelt wurde, bedeutet, dass diese tiefgreifenden historisch bedingten Ungleichheiten in den Klimaverhandlungen nicht vernachlässigt werden dürfen. Zwischen Nord und Süd muss Gerechtigkeit geschaffen werden. *„Die soziale Ungerechtigkeit geht nicht nur Einzelne an, sondern ganze Länder, und zwingt dazu, an eine Ethik der internationalen Beziehungen zu denken.“* (51)

Unter Gerechtigkeit versteht die CIDSE nicht nur eine faire Beteiligung an den gemeinsamen Anstrengungen³⁵ (Emissionsminderungen und Unterstützung) der Länder, sondern auch die Erarbeitung einer transformativen Agenda für die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und die Durchsetzung der Menschenrechte. Auf dieser gemeinsamen Reise müssen wir Wege zur Lösung der unaufhörlich zunehmenden Ungleichheit finden und auf einer dem Menschen zugewandten Agenda für angemessene Löhne, allen zugänglichen öffentlichen Dienstleistungen, soziale Absicherung und eine Schließung der Kluft zwischen Arm und Reich beharren. Und vor allem müssen wir sicherstellen, dass wir den nachfolgenden Generationen eine Welt hinterlassen, die sicherer, gerechter und sauberer ist. *„Wir reden hier nicht von einer optionalen Haltung, sondern von einer grundlegenden Frage der Gerechtigkeit, da die Erde, die wir empfangen haben, auch jenen gehört, die erst noch kommen.“* (159)

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen und das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte haben wiederholt nachdrücklich auf die schwerwiegenden Folgen des Klimawandels für die Menschenrechte hingewiesen. Im Einklang mit der Resolution des Menschenrechtsrats betonten die Vertragsstaaten des UNFCCC in der Vereinbarung von Cancún 2010, wie wichtig die Achtung der Menschenrechte bei allen klimabezogenen Maßnahmen sei: „Die Vertragsstaaten sollten alle Maßnahmen in Bezug auf den Klimawandel unter Achtung der Menschenrechte durchführen.“³⁶

Klimafinanzierungsprojekte – insbesondere im Rahmen des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (Clean Development Mechanism, CDM) – haben eine politische Kluft zwischen Menschenrechtsschutz und Klimapolitik offenbart. Entgegen zumeist guter Absichten haben sich manche Projekte schon zum Schaden von Mensch und Umwelt ausgewirkt. Betroffen waren unter

anderem die Rechte auf Leben, auf Gesundheit, auf ausreichende Ernährung, auf Wasser und Sanitärversorgung, auf Wohnen und auf Kultur.³⁶ Bei genauerer Betrachtung wurde das Mandat von Cancún durch die unter dem UNFCCC eingerichteten Klimaschutzinstrumente bislang nur schwach umgesetzt und durchgesetzt.^{xiii}

In seiner Enzyklika *Laudato Si'* weist Papst Franziskus auf den Zusammenhang zwischen sozialer und ökologischer Krise, die sich auf unser „gemeinsames Haus“ auswirken, und auf den engen Zusammenhang zwischen Armut und der Anfälligkeit des Planeten hin.

Die CIDSE fordert:

- }] Eine Präzisierung, wie bestehende Menschenrechtsverpflichtungen im Kontext des Klimawandels eingehalten werden sollen, und die ausdrückliche Anerkennung der Tatsache, dass die Folgen des Klimawandels die Menschenrechte bedrohen können;
- }] Die Formulierungen zum Schutz und zur Durchsetzung der Menschenrechte müssen rechtsverbindlich sein;^{xiv}
- }] Einrichtung eines Sicherungssystems für alle Klimaschutzmaßnahmen zur Vermeidung von sozialen Nachteilen und Umweltschäden einschließlich eines Beschwerde- und Monitoringsystems für beeinträchtigte Gruppen oder Einzelpersonen;
- }] Bei allen Klimaschutzmaßnahmen müssen die Menschenrechte aller, auch die der Ausgegrenzten und Ärmsten, geachtet, geschützt, gefördert und gewährleistet werden; Gewährleistung der Geschlechtergleichstellung, einer umfassenden, wirksamen und genderorientierten Beteiligung, der Ernährungssicherheit, der Widerstandsfähigkeit natürlicher Ökosysteme und einer sozial gerechten Transformation, die menschenwürdige, hochwertige Arbeitsplätze schafft;

^{xii} 1/CP.16, Abs. 8: Der Menschenrechtsrat erklärte 2009, dass „die Folgen des Klimawandels die effektive Wahrnehmung der Menschenrechte in vielfältiger Weise direkt und indirekt beeinträchtigen.“

^{xiii} Die Anerkennung der bestehenden Verpflichtungen in Bezug auf die Menschenrechte ist entscheidend für die Einrichtung von Sicherungs- und Kontrollmechanismen für Klimaschutzmaßnahmen, für die Demokratisierung des Entscheidungsprozesses und für die umfassende, wirksame Beteiligung an der Planung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen.

^{xiv} Sie müssen an geeigneter Stelle im operativen Teil der Klimschutzvereinbarung berücksichtigt werden. Wir beteiligen uns an der Forderung mehrerer zivilgesellschaftlicher Gruppen, im Vertragstext von Paris die folgende Passage einzufügen: „Alle Vertragsstaaten verpflichten sich, bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen die Menschenrechte aller, einschließlich die Rechte indigener Gruppen, zu achten, zu schützen, zu fördern und durchzusetzen; die Geschlechtergleichstellung und eine umfassende, wirksame genderorientierte Beteiligung zu gewährleisten; die Ernährungssicherheit zu fördern, für den Schutz und den Erhalt der natürlichen Ökosysteme einzutreten; und einen gerechten Transformationsprozess zu planen, der menschenwürdige, hochwertige Arbeitsplätze schafft.“



} Die Obergrenze von 1,5 Grad ist überlebenswichtig; angemessene Klimaschutzmaßnahmen sind nur dann wirksam, wenn Gleichheitsgrundsätze (innerhalb der Generationen und generationenübergreifend), der Grundsatz

der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten (CBDRRC), historisch bedingte Verantwortlichkeiten und das Recht auf nachhaltige Entwicklung umfassend berücksichtigt werden.

6. Die Kampagne Change for the Planet – Care for the People

Im Einklang mit der Arbeit ihrer Mitgliedsorganisationen und im Rahmen ihres Einsatzes für soziale Gerechtigkeit will die CIDSE mit der Kampagne *Change for the Planet – Care for the People* für nachhaltige Lebensweisen werben. Die übermäßige Ausbeutung der weltweiten Naturressourcen birgt Gefahren für die Menschen und den Planeten, und als Erstes sind die Schwächsten und Ärmsten betroffen.

Inspiriert durch Papst Franziskus, der in seiner Enzyklika *Laudato Si'* schreibt: „*Alle Bestrebungen, die Welt zu hüten und zu verbessern, setzen vor allem voraus, dass sich die Lebensweisen, die Modelle von Produktion und Konsum und die verfestigten Machtstrukturen [von Grund auf] ändern, die heute die Gesellschaften beherrschen*“, (5) sind wir mit ihm der Überzeugung, dass „*eine Änderung der Lebensstile dazu führen könnte, einen heilsamen Druck auf diejenigen auszuüben, die politische, wirtschaftliche und soziale Macht besitzen*“. (206)

Im Rahmen der Kampagne wird zu einer radikalen Umstellung auf eine einfachere Lebensweise mit geringerem Gesamtenergieverbrauch und umweltbewusster Lebensmittelwahl aufgerufen. Erreicht werden können diese Ziele durch eine Begrenzung des Konsums auf Lebensmittel, die nachhaltig, regional, umweltfreundlich und unter Achtung der Menschenrechte erzeugt werden, und das zu Preisen, die bezahlbar sind und zugleich eine faire Bezahlung der Erzeuger gewährleisten.

In Bezug auf den Konsum und die Produktion von Lebensmitteln sollen verantwortungsvolle Verhaltensweisen gefördert werden, die die Entwicklung eines demokratischen, sozial und wirtschaftlich gerechten und umweltverträglichen

Ernährungssystems unterstützen. Die Menschen werden dazu motiviert, sich vergessene Techniken der Konservierung und Zubereitung von Lebensmitteln anzueignen und sich darüber zu informieren, wo die Lebensmittel herkommen, wie sie produziert werden und in welchen Jahreszeiten sie verfügbar sind.

Die Anregungen zur Änderung der Lebensweise beinhalten:

- } *Beteiligung an der Lebensmittelerzeugung im jeweils möglichen Umfang* (z. B. wer einen Garten hat, kann sein eigenes Gemüse anbauen / Abfälle kompostieren). Wer sein eigenes Gemüse anbaut, setzt sich unmittelbar mit dem faszinierenden ewigen Energiekreislauf aus Boden, Saat, Blüte, Frucht, Nahrungsmittel, Abfall und Zerfall auseinander;
- } *Zubereitung der eigenen Mahlzeiten*. Selbst zubereitetes Essen ist billiger und ermöglicht eine effektive Qualitätskontrolle, weil man über die Zutaten selbst bestimmen kann;
- } *Regional einkaufen*. Regional erzeugte, saisonal verfügbare Lebensmittel sind in Bezug auf Lebensmittelsicherheit, Frische und Energieeffizienz die beste Option. Beim Einkauf regionaler Produkte haben die Verbraucher die beste Möglichkeit, sich zu informieren und Einfluss zu nehmen.

In Bezug auf die Energieerzeugung und den Energieverbrauch soll mit der Kampagne ein Bewusstsein für die Höhe des eigenen Energieverbrauchs geschaffen werden. Jeder soll darüber nachdenken, wie viel Energie er wirklich benötigt. Darüber hinaus wird für dezentrale Modelle der Energiegewinnung und für die Nutzung erneuerbarer Energiequellen geworben.

Die Anregungen zur Änderung der Lebensweise beinhalten:

- }] *Senkung des eigenen Energieverbrauchs:* Ausschalten der Stand-by-Funktion von Geräten, Verwendung von Energiesparlampen, Kauf von Elektrogeräten mit der höchsten Energieeffizienzklasse (AAA) und Wärmedämmung des Hauses oder Einbau von Fenstern mit Doppelverglasung;
- }] *Abkehr von fossilen Brennstoffen:* Um der Erderwärmung und ihren schwerwiegenden Folgen für die Gesellschaft entgegenzuwirken, müssen wir die Verbrennung von Erdgas, Öl und Kohle reduzieren und stattdessen vermehrt erneuerbare Energiequellen wie Wind und Sonne nutzen.

Unser Engagement – und die vielen bereits bestehenden erfolgreichen Modelle einer nachhaltigen Lebensführung – zeigen, dass die Gesellschaft zu einem grundlegenden Wandel in Politik und Praxis bereit ist und danach verlangt. In diesem Sinne wollen wir uns mit der Kampagne *Change for the Planet – Care for the People* den vielen tausend Menschen anschließen, die rund um die UN-Klimakonferenz in Paris aktiv werden und in aller Welt ein grundlegendes Umdenken fordern. Nur durch gemeinsames Handeln kann es gelingen, den Klimawandel aufzuhalten.

Fazit

Schon oft in der Geschichte hat die internationale Gemeinschaft gezeigt, dass sie in der Lage ist, in einer gemeinsamen Anstrengung Differenzen zu überwinden, großen Bedrohungen zu begegnen und den Weg des Friedens, der Umwelt- und Klimagerechtigkeit, der ökonomischen und sozialen Gerechtigkeit und der Gleichstellung der Geschlechter einzuschlagen. Jetzt ist wieder ein solcher Augenblick gekommen.^{xv} In den vergangenen vier Jahren haben wir bei der Erarbeitung der weltweiten Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDG) ein nie dagewesenes Ausmaß an Diskussionen, Beratungen und Engagement erlebt. Sie geben eine weltweite Agenda für die Bekämpfung der Armut und des Klimawandels vor.

Doch in der Vereinbarung von Paris drohen diese Diskussionen nur lückenhaft und in widersprüchlicher Weise Niederschlag zu finden. Zum Beispiel die Fortsetzung des Wettbewerbs um die begrenzten Naturressourcen, der zu einem weiteren Anstieg der Treibhausgasemissionen führen kann, ohne dass die damit verbundene Armut und Ungleichheit bekämpft wird. Die aktuell vereinbarten Nachhaltigkeitsziele beziehen sich nicht auf Fragen der ungerechten weltweiten Finanz-, Steuer-, Handels- und Investmentvorschriften, deren strukturelle Reformierung für die Bekämpfung der Ursachen von Armut und Ungleichheit unabdingbar ist. Die Klimaschutzvereinbarung von Paris läuft außerdem Gefahr, durch zahlreiche Unzulänglichkeiten und Widersprüche in Bezug auf Klimafinanzierung, Menschenrechte und das Recht auf angemessene Nahrung verwässert zu werden.

Wenn es an die weltweite Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und der Vereinbarung von Paris geht, müssen die grundlegenden Widersprüche, die diese Prozesse bergen, noch ausgeräumt werden. Die Vorschläge der CIDSE, die auf der wegweisenden Enzyklika von Papst Franziskus beruhen, können hoffentlich einen zweckdienlichen Fahrplan für ein grundlegendes Umdenken bei den Verhandlungen in Paris und in der Zeit danach bieten.

^{xv} Öffentlicher Aufruf an die Staats- und Regierungschefs anlässlich des UN-Gipfels für nachhaltige Entwicklung, September 2015, www.cidse.org/sectors/rethinking-development/public-call-to-world-leaders-on-the-occasion-of-the-united-nations-summit-on-sustainable-development-september-2015.html



Verweise

- ¹ http://w2.vatican.va/content/francesco/de/encyclicals/documents/papa-francesco_20150524_enciclica-laudato-si.html
- ² <http://unfccc.int/resource/docs/2009/cop15/eng/l07.pdf>
- ³ http://unfccc.int/documentation/documents/advanced_search/items/6911.php?priref=600008454
- ⁴ Structured Expert Dialogue of the 2013-2015 Review (SEDR). Siehe: <http://unfccc.int/resource/docs/2015/sb/eng/inf01.pdf>
- ⁵ https://ipcc-wg2.gov/AR5/images/uploads/WG2AR5_SPM_FINAL.pdf
- ⁶ <http://unfccc.int/resource/docs/2009/cop15/eng/l07.pdf>
- ⁷ Structured Expert Dialogue of the 2013-2015 Review (SEDR). Siehe: <http://unfccc.int/resource/docs/2015/sb/eng/inf01.pdf>
- ⁸ http://www4.unfccc.int/submissions/Lists/OSPSubmissionUpload/167128_130777943959376472-UNFCCC-ADP-Bonn-June-2015.pdf
- ⁹ http://www4.unfccc.int/submissions/Lists/OSPSubmissionUpload/213_128_130776534859226605-LDCADPopening_Final.pdf
- ¹⁰ http://climateanalytics.org/files/countries_endorsing_1.5_or_2_degrees.pdf
- ¹¹ <http://www.carbonbrief.org/blog/2014/12/two-degrees-a-selected-history-of-climate-change-speed-limit/> und <http://www.carbonbrief.org/blog/2015/04/the-carbon-brief-interview-jean-pascal-van-ypersele/>
- ¹² 49, http://w2.vatican.va/content/francesco/de/encyclicals/documents/papa-francesco_20150524_enciclica-laudato-si.html
- ¹³ https://www.pik-potsdam.de/aktuelles/pressemitteilungen/wie-koennte-der-klimawandel-auf-1-5-grad-begrenzt-werden?set_language=de
- ¹⁴ https://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/syr/AR5_SYR_FINAL_SPM.pdf
- ¹⁵ 165, http://w2.vatican.va/content/francesco/de/encyclicals/documents/papa-francesco_20150524_enciclica-laudato-si.html
- ¹⁶ <http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2015/new070215a.htm>
- ¹⁷ <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/G8G20/Anlagen/G20-erklaerung-pittsburgh-2009-de.html>

- ¹⁸ Siehe das CIDSE-Dokument zu einer klimafreundlichen Landwirtschaft, 2014, <http://www.cidse.org/publications/just-food/food-and-climate/csa-the-emperor-s-new-clothes.html>
- ¹⁹ Siehe <http://pubs.iied.org/pdfs/16578IIED.pdf>
- ²⁰ <http://www.worldbank.org/en/news/feature/2015/04/09/closing-the-climate-finance-gap>
- ²¹ <http://www.wri.org/blog/2015/04/costs-climate-adaptation-explained-4-infographics>
- ²² <http://www.cidse.org/publications/finance-and-development/financial-transaction-tax/ftt-climate-finance-paper.html>
- ²³ Vierter IPCC-Sachstandsbericht in World Bank, Climate-smart agriculture: a call to action, 2007, http://www.worldbank.org/content/dam/Worldbank/document/CSA_Brochure_web_WB.pdf
- ²⁴ CIDSE, Climate-Smart Agriculture: the Emperor's new clothes?, 2014
- ²⁶ CCAFS, Supply Chain Emissions, 2011
- ²⁷ Trócaire, Feeling the Heat, How climate change is driving extreme weather in the developing world, 2014, <http://www.trocaire.org/sites/trocaire/files/resources/policy/trocaire-climate-change-report-2014.pdf>
- ²⁸ UNDP, 2008 http://hdr.undp.org/sites/default/files/reports/268/hdr_20072008_en_complete.pdf
- ²⁹ IFAD/UNEP, http://www.ifad.org/climate/resources/smallholders_report.pdf, 2013, S. 6
- ³⁰ CIDSE, Agriculture: from Problem to Solution, 2012 http://www.cidse.org/publications/just-food/food-and-climate/agriculture_from_problem_to_solution.html
- ³¹ CIDSE, Climate-Smart Agriculture: the Emperor's new Clothes?, 2014 und CIDSE, Climate-smart revolution... or a new era of green washing?, 2015
- ³² Climate-Smart revolution... or a new era of green-washing?, CIDSE, Mai 2015, <http://www.cidse.org/publications/just-food/food-and-climate/climate-smart-revolution-or-a-new-era-of-green-washing-2.html>
- ³³ Don't be fooled! Civil society says NO to "Climate Smart Agriculture", Oktober 2015 <http://www.cidse.org/publications/just-food/food-and-climate/don-t-be-fooled-civil-society-says-no-to-climate-smart-agriculture-and-urges-decision-makers-to-support-agroecology.html>
- ³⁴ <http://www.worldbank.org/en/topic/energy/overview#1>
- ³⁵ <http://civilsocietyreview.org>
- ³⁶ <http://carbonmarketwatch.org/local-realities-of-cdm-projects-a-compilation-of-case-studies-2/>

CIDSE-Mitgliedsorganisationen



Österreich



Belgien



Belgien



Kanada



England und Wales



Frankreich



Deutschland



Irland



Italien



Luxemburg



Niederlande



Portugal



Slowakei



Schottland



Spanien



Schweiz



USA

} CIDSE ist die internationale Allianz katholischer Entwicklungsorganisationen. In ihren Anstrengungen, Armut zu beenden und globale Gerechtigkeit herzustellen, verfolgen die Mitglieder eine gemeinsame Strategie. CIDSE's Anwaltschaftsarbeit erstreckt sich auf Weltordnungspolitik; Entwicklungsfinanzierung; Klimagerechtigkeit; Ernährung, Landwirtschaft und gerechten Handel; Wirtschaft und Menschenrechte.